

Stellungnahme zur Aufnahme der Fachhochschule  
für Technik und Wirtschaft Berlin in das  
Hochschulbauförderungsgesetz

<u>Inhalt</u>	<u>Seite</u>
Vorbemerkung	3
A. Ausgangslage	4
I. Entwicklung und Ausbau der Fachhochschulen des Landes Berlin	4
1. Entwicklung der Fachhochschulen seit 1989	4
2. Ausbaustand und Planungen	7
II. Die Fachhochschule für Technik und Wirtschaft	11
1. Grundstrukturen der Hochschule	11
2. Studiengänge und Studiengangsplanungen	14
2.1. Grundständige Präsenzstudiengänge	14
2.2. Fernstudium und Angebote der Weiterbildung	21
3. Anwendungsbezogene Forschung	23
4. Personelle und räumliche Entwicklung	24
B. Stellungnahme	29
I. Zum Ausbau der Fachhochschulen in Berlin und zu den Entwicklungsplanungen des Landes	29

II.	Zur Fachhochschule für Wirtschaft und Technik	32
	1. Zu den Grundstrukturen	32
	2. Zu Lehrangebot und anwendungs- bezogener Forschung	35
	3. Zur personellen und räumlichen Ent- wicklung	39
C.	Zusammenfassende Stellungnahme	41

### Vorbemerkung

Der Senator für Wissenschaft und Forschung des Landes Berlin hat mit Schreiben vom Dezember 1992 den Wissenschaftsrat um eine Empfehlung zur Aufnahme der Fachhochschule für Technik und Wirtschaft gebeten.

Die Arbeitsgruppe "Fachhochschulgründungen" hat die Fachhochschule am 22. November 1994 besucht und mit Vertretern des Landes und der Hochschule über die Planungen des Landes beraten.

Der Arbeitsgruppe gehören auch Sachverständige an, die nicht Mitglieder des Wissenschaftsrates sind. Ihnen ist der Wissenschaftsrat zu besonderem Dank verpflichtet.

Der Wissenschaftsrat hat die Stellungnahme am 10.11.1995 verabschiedet.

## A. Ausgangslage

### I. Entwicklung und Ausbau der Fachhochschulen des Landes Berlin

#### 1. Entwicklung der Fachhochschulen nach 1989

Vor 1989 haben die Technische Fachhochschule (TFH), die Fachhochschule für Wirtschaft (FHW) die Fachhochschule für Sozialarbeit und Sozialpädagogik (FHSS) sowie die Evangelische Fachhochschule für Sozialarbeit und Sozialpädagogik (EFH) das Fachhochschulangebot in Berlin bereitgestellt. Im Jahre 1989 verfügten sie insgesamt über 6.200 flächenbezogene Studienplätze. Dies entsprach 12% aller Studienplätze an den Hochschulen Berlins und lag somit unter dem damaligen bundesdurchschnittlichen Anteil von 17,6 %.

Der Wissenschaftsrat sprach sich in seinen Empfehlungen zur Errichtung von Fachhochschulen in Ostberlin und Mittweida (Sachsen) im Januar 1991<sup>1)</sup> für eine Ausbauplanung aus, die den fachlichen und kapazitären Bedarf von Gesamtberlin und eine Bedarfsabstimmung mit dem Land Brandenburg einbeziehen sollte. Da die TFH kapazitär an ihre Obergrenze gestoßen war, sollte eine neue Fachhochschule in Ostberlin die dortige Studienplatznachfrage befriedigen und zu einer Entlastung der TFH beitragen. Diese neue Fachhochschule sollte Teile der vormaligen Ingenieurhochschulen in Lichtenberg und Wartenberg sowie - bedingt und in geringem Umfang - der Ingenieurschule für Bauwesen aufnehmen und längerfristig auf dem ehemaligen Campus der Ingenieurschule Wartenberg in Blankenburg angesiedelt werden.

---

<sup>1)</sup> Wissenschaftsrat: Empfehlungen zur Errichtung von Fachhochschulen in Berlin-Ost und Mittweida (Sachsen).- In: Empfehlungen zur künftigen Struktur der Hochschullandschaft in den neuen Ländern und im Ostteil von Berlin -Teil II- Köln 1992, S. 24-31.

Ihr zukünftiges Fächerspektrum sollte die Bereiche Maschinenbau, Elektrotechnik, Informationstechnik, Verfahrenstechnik sowie möglicherweise Bauingenieurwesen und innerhalb eines neuen Fachbereiches Wirtschaft Betriebswirtschaftslehre, Wirtschaftsingenieurwesen sowie Wirtschaftsinformatik umfassen. Der Fachbereich Wirtschaft sowie ein Fachbereich Kunst/Gestaltung/Design sollten materiell und personell vollständig neu aufgebaut werden. Über die Einrichtung von Studiengängen Architektur, Bekleidungstechnik, Landwirtschaftswissenschaften und Sozialwesen sollte erst nach entsprechenden Bedarfsanalysen und nach Abstimmung mit Brandenburg entschieden werden. Eine Errichtungskommission mit externen Sachverständigen sollte den Aufbau der Hochschule in die Wege leiten.

Das Land nahm diese Empfehlungen teilweise auf. Es gründete die FHTW zunächst als Abteilung der TFH. Nach drei Jahren sollte sie eigenständig werden. Als Vorgängereinrichtung wurde die Ingenieurhochschule Lichtenberg vollständig übergeleitet, während die Ingenieurhochschule Wartenberg sowie die Hochschule für Ökonomie Karlshorst (HfÖ) nur mit ihren Verwaltungsvermögen in die neue Hochschule eingingen. An der HfÖ waren noch 3.000 Studierende eingeschrieben, die zu einem Fachhochschulabschluß geführt werden sollten. Von dieser Hochschule sollte zusätzlich das Sprachlehrinstitut als Serviceeinrichtung übernommen werden. Als neue Studiengänge sah das Land Museumskunde und Kommunikationsdesign vor. Der ehemalige Campus der HfÖ in Karlshorst sollte nach einer Übergangszeit, in der die FHTW an den Standorten Lichtenberg, Wartenberg und Karlshorst angesiedelt bliebe, zu ihrem Zentralstandort werden.<sup>1)</sup>

---

<sup>1)</sup> Wissenschaftsrat: Empfehlungen zur Errichtung von Fachhochschulen in den neuen Ländern; in: Empfehlungen zur künftigen Struktur der Hochschullandschaft in den neuen Ländern und im Ostteil von Berlin -Teil II- Köln 1992, S. 87f.

Im Wintersemester 1991/92 waren 18.439 Studierende (im Vergleich dazu 125.731 Studierende an den Universitäten des Landes) auf 17.200 personalbezogenen Studienplätzen an den Fachhochschulen Berlins eingeschrieben. Die Landeshochschulstrukturkommission (LHK) empfahl in ihrem Abschlußbericht aus dem Jahr 1992<sup>1)</sup> einen Ausbau des Fachhochschulbereichs auf 25.000 flächenbezogene Studienplätze (rd. 30.000 personalbezogene Studienplätze) und eine Erweiterung des bisherigen Fächerspektrums um Studiengänge in den Bereichen Pharmazie, Übersetzungswesen, Berufschul- und Grundschullehrerausbildung, Notariat und Wirtschaftsrecht sowie die Entwicklung neuer Schwerpunkte innerhalb des klassischen Angebots. Die Kapazitäten in der Design-Ausbildung sollten ebenso wie die des Ingenieurwesens erweitert werden. In diesem Bereich sollten die universitären Kapazitäten zugunsten der Fachhochschulen deutlich reduziert werden. Ein zentrales Anliegen der LHK bestand darin, die Zersplitterung und Monostruktur der Fachhochschulen des Landes zugunsten integrierter Einrichtungen aufzugeben. Interdisziplinarität, verzahnte Studienangebote, die gemeinsame Nutzung von Einrichtungen und Ausstattungen sollten diese Fachhochschulen prägen. Zu diesem Zweck empfahl die LHK die Überführung der Fachhochschule für Verwaltung und Rechtspflege (FHSVR) aus der Verantwortung des Innensenators in die des Senators für Wissenschaft und Forschung. Außerdem sollte die Technische Fachhochschule (TFH) mit der Evangelischen Fachhochschule (EFH), der Fachhochschule für Wirtschaft (FHW) sowie der Fachhochschule für Verwaltung und Rechtspflege (FHSVR) im Westteil der Stadt zusammengeführt werden. Ebenso sollte die Fachhochschule für Sozialarbeit und Sozialpädagogik (FHSS) mit der FHTW im Ostteil fusionieren. Falls dies nicht gelingen würde, wurden als Alternative

---

<sup>1)</sup> Landeshochschulstrukturkommission Berlin: Stellungnahme und Empfehlungen zur Strukturentwicklung der Berliner Hochschulen; Berlin 1992, S. 356-370.

drei große Fachhochschulen vorgeschlagen: Die TFH, die FHTW sowie einen Zusammenschluß aus FHW, FHSS, EFH und FHSVR. Die TFH sollte dann um Studiengänge des Wirtschafts- und Sozialwesens erweitert werden. Das Institut für Fremdsprachenausbildung war als zentrale Einrichtung aller Berliner Fachhochschulen geplant. Ein Fachhochschulrat des Landes sollte die Entwicklung der Fachhochschulen begleiten. Diese Empfehlungen zur strukturellen Zusammenfassung wurden vom Land nicht aufgegriffen.

## 2. Ausbaustand und Entwicklungsplanungen

Derzeit verfügt das Land Berlin über sechs Fachhochschulen mit insgesamt 19.400 personalbezogenen Studienplätzen und einer jährlichen Aufnahmekapazität von 5.570 Studierenden, bezogen auf die vorhandene Lehrkapazität, darunter eine rechnerische Personalkapazität für 2.500 Studienanfänger an der FHTW (Soll), die in der aktuellen Ausbauphase zu rund zwei Dritteln ausgeschöpft wird. D.h. derzeit bestehen rund 4.750 personalbezogene Studienplätze für Studienanfänger. Im Jahr 1994 waren diese Fachhochschulen mit rund 820 Professorenstellen und 890 Stellen für sonstiges Personal ausgestattet. Der Bestand an flächenbezogenen Studienplätzen wird vom Land mit 10.250 angegeben. Als Ausbauziel ist die Schaffung von rund 16.000 flächenbezogenen Studienplätze vorgesehen.

Übersicht 1: Studienplätze und wissenschaftliches Personal  
an den Fachhochschulen des Landes Berlin

	Flächenbezogene Studienplätze		Personalbezogene Studienplätze Ist=Soll	Wissenschaftliche Personalstellen IST-1994		
	Ist 1994	Soll		C3	C2	Wissen. Mitarb.
TFH	4.300	4.820	6.900	215	144	-
FHW	835	1.250 (ca.)	1.500	29	29	-
EFH	630	630	600	10	13	-
FHSS	474	960	1.000	28	17	-
FHTW	3.600	7.800	8.800	192	128	43
KFH	410	660	600	7	9	-
insg.	10.249	16.120	19.400	481	340	43 <sup>1)</sup>

<sup>1)</sup> Mitarbeiter der Fremdsprachinstitute  
Quelle: Angaben des Landes

Der Ausbau des Fachhochschulbereichs hat nach Aussagen des Landes eine hohe Priorität. Deshalb wurde unmittelbar nach dem Beitritt der neuen Länder die neue Fachhochschule für Technik und Wirtschaft gegründet. Mit der ebenfalls neu errichteten Katholischen Fachhochschule kommen weitere Kapazitäten hinzu. Im Vergleich mit dem Ist von 19.400 personalbezogenen Studienplätzen - dies entspricht einem Anteil von 19,4 % aller personalbezogenen Studienplätze an den Hochschulen des Landes - erreicht der bisherige Ausbaustand an flächenbezogenen Studienplätzen im Fachhoch-



schulbereich (10.250 von insgesamt 77.660 flächenbezogenen Studienplätzen) lediglich einen Anteil von 13,2 %. Wie aus Übersicht 1 hervorgeht, wurde der Aufbau von weiteren 5.870 flächenbezogenen Studienplätzen an der FHTW (4.200), der TFH (520), der FHW (rd. 400), der FHSS (rd. 500) und an der KFH (250) in die mittelfristige Planung des Landes aufgenommen. Unter der Voraussetzung, daß ein weiterer Universitätsausbau nicht stattfindet, wäre bezogen auf ein Gesamtausbauziel von 83.000 flächenbezogenen Studienplätzen in Berlin ein Fachhochschulanteil von rd. 19,4 % erreicht. Damit würde die derzeitige Diskrepanz zwischen personal- und flächenbezogenen Studienplätzen an Fachhochschulen beseitigt. Mit Bezug auf die Aufnahmekapazität (derzeit rd. 3.000 flächenbezogene zu rd. 4.750 verfügbaren personalbezogenen Anfängerplätzen) würde sich die Relation mittelfristig auf rd. 4.600 flächenbezogene zu rd. 5.570 personalbezogenen Anfängerplätzen verbessern. Die personalbezogene Aufnahmekapazität entspricht nach Auskunft des Landes einem Anteil von 25 % aller allgemeinen Hochschulen Berlins.

Die Empfehlung der Landeshochschulstrukturkommission, entsprechend der Zielsetzung des Wissenschaftsrates einen weiteren stufenweisen Ausbau auf rd. 30.000 personalbezogene (rd. 25.000 flächenbezogene) Studienplätze vorzusehen, sieht der Senat von Berlin als eine langfristige Perspektive an. Vorrang hat zunächst der Auf- und Ausbau der Fachhochschule für Technik und Wirtschaft. Angesichts der Finanzperspektiven und der erforderlichen hohen Aufwendungen in den anderen Hochschulbereichen sei eine weitere Neugründung in den nächsten zehn Jahren nicht realisierbar.

Angesichts des verstärkten Ausbaus der Fachhochschulen und der Neugründungen in den neuen Ländern - u. a. fünf Fachhochschulen im Land Brandenburg, die damit für die Region

Berlin/Brandenburg zusätzliche Kapazitäten bereitstellen - ist nach Ansicht des Landes ein weiterer Ausbau in Berlin über die bisherige Planung nicht vordringlich; Berlin werde anderenfalls - bezogen auf den eigenen Bedarf und den der Region Berlin/Brandenburg - überproportional viele Studienplätze auch im Fachhochschulbereich anbieten.

Würden die in Brandenburg geplanten Studienplätze mit rd. 34.400, darunter rd. 13.600 im Fachhochschulbereich, und die entsprechenden Aufnahmekapazitäten von insgesamt rd. 8.600 Studienanfängern, darunter rd. 3.900 im Fachhochschulbereich, mit den Kapazitätsplanungen in Berlin zusammengefaßt, so ergebe sich hinsichtlich der Aufnahmekapazitäten ein Anteil von rd. 30 % der Studienanfänger für den Fachhochschulbereich. Hierin seien die Verwaltungsfachhochschulen und die Fachhochschule der Bundespost nicht berücksichtigt. Rechnete man diese mit einer Aufnahmekapazität von rd. 1.600 ein, erhöhe sich der Anteil auf etwa 34 %. Diese Planungen gelten nach Angaben des Landes unabhängig von der weiteren Entwicklung der Berufsakademien in Berlin, die sich an den Berufsakademien Baden-Württembergs orientieren.<sup>1)</sup>

Obwohl das Land in den kommenden Jahren Einsparungen im Stellenbereich und Reduktionen der Ausbildungskapazität vornehmen will, sind in der Finanz- und Investitionsplanung für den Zeitraum 1995 bis 1998 insgesamt 1,5 Milliarden DM für den Hochschulausbau veranschlagt. Die Schwer-

---

<sup>1)</sup> Parallel zum Ausbau des Fachhochschulbereichs sieht das Land eine weitere Entwicklung der Berufsakademie vor. Die Zahl von derzeit 385 Studienanfängern bzw. 749 Studierenden soll bis zum Jahr 2000 auf 750 Studienanfänger bzw. 2.100 Studierende erhöht werden. Entsprechend der konjunkturellen Lage gehören derzeit 87 % der Ausbildungsplätze zum Bereich Wirtschaft und nur 13 % zum Bereich Technik. Von 1994 bis 1996 will das Land für den Aufbau der Berufsakademie 25,9 Mio DM aufwenden.

punkte der nächsten Jahre legt das Land auf Vorhaben für die Charité, für den Aufbau der Naturwissenschaften der Humboldt-Universität in Adlershof sowie für die Fachhochschulen. Adlershof soll ab 1998 aufgebaut werden; bis zu diesem Zeitpunkt soll das Klinikum Rudolf Virchow abgeschlossen sein. Dadurch werden Mittel für andere Vorhaben frei. 1995 sollen insgesamt 381 Millionen DM und 1996 350 Millionen DM für den Hochschulbau (ohne Großgeräte) zur Verfügung stehen. Es ist beabsichtigt, diese Anteile in den darauffolgenden Jahren zu halten (1997: 373 Mio. DM, 1998: 402 Mio. DM). Bis zum Jahre 1998 sind bis zu 65 Millionen DM für die Sanierung der Fachhochschule für Technik und Wirtschaft in der Investitionsplanung abgesichert.

Die Prioritätensetzung für die Fachhochschulen hat sich in den früheren Anmeldungen des Landes zu Rahmenplänen nicht entsprechend niedergeschlagen. Von dem insgesamt für die Anmeldungen zum 24. Rahmenplan notwendigen Finanzbedarf von 4,1 Milliarden DM entfallen nur 161 Millionen DM auf Fachhochschulvorhaben (4 %). Zum 25. Rahmenplan hat das Land den Anteil der angemeldeten Vorhaben auf 11% (490 Millionen DM) des gesamten Investitionsbedarfs erhöht.

## II. Die Fachhochschule für Technik und Wirtschaft

### 1. Grundstrukturen der Hochschule

Die FHTW, die 1991 aus drei Vorgängereinrichtungen hervorgegangen ist, wurde in den ersten drei Jahren als Abteilung der TFH aufgebaut, deren zentrale akademische Gremien für beide Hochschulen zuständig waren. Zunächst setzte sich die FHTW aus zwei Abteilungen mit getrennten Verwaltungen in Karlshorst und Lichtenberg zusammen. Diese beiden Verwaltungen wurden 1992 zugunsten einer Gesamtverwal-

tung mit Sitz in Karlshorst aufgegeben. Seit April 1994 hat die FHTW den Status einer eigenständigen Hochschule.

Ihre Fachbereiche verteilen sich auf fünf Standorte:

Karlshorst -	FB 1 Mathematik/Naturwissensch. FB 5 Betriebswirtschaft FB 6 Wirtschaftsinformatik/ -ingenieurwesen, -kommunikation
Marktstraße (Lichtenberg) -	FB 2 Elektrotechnik
Warschauer Platz -	FB 8 (Bekleidungstechnik/-design, Kommunikationsdesign)
Allee der Kosmonauten -	FB 3 Informationstechnik/ Elek- tronik Institut für Fremdsprachen
Blankenburg -	FB 4 Maschinenb./Verfahrenstechn. FB 7 Bauingenieurwesen FB 8 (Museumskunde, Restaurie- rung)

Der Senat von Berlin, die FHTW und die Telekom AG haben darüber hinaus zwischenzeitlich einen Vertrag über die Integration der Telekom-Fachhochschule in die FHTW abgeschlossen. Nach Auskunft des Landes sind darin folgende Vereinbarungen verankert:

- Im Laufe des Jahres 1996 wird die Ausbildung der bisherigen Telekom-Studenten an den Standort Allee der Kosmonauten der FHTW verlegt.
- Die bisher für die FHTW vorgesehene Ausbildungskapazität von 120 Studienanfängerplätzen in der Nachrichtentechnik soll auf 160 Studienanfängerplätze erweitert werden. Auf ganz Berlin bezogen reduziert sich die Ausbildungskapazität in diesem Bereich jedoch um 120 Studienanfänger.

ger pro Jahr. Den Studierenden der Telekom-Fachhochschule (rd. 550) soll angeboten werden, ihr Studium unter den bisherigen Bedingungen an der FHTW fortzusetzen und abzuschließen. Mittel- und langfristig soll der zu übernehmende Studiengang der Telekom-Fachhochschule mit dem entsprechenden Studiengang Nachrichtentechnik der FHTW verschmolzen werden. Da die Studiengänge, abgesehen von einem unterschiedlichen Vertiefungsschwerpunkt im Hauptstudium, weitestgehend identisch sind, erwartet das Land keine inhaltlichen Probleme bei diesem Prozeß.

- Von dem Lehrpersonal der Telekom sollen 15 Professoren auf Planstellen der FHTW übernommen werden. Bei Bereitstellung einer entsprechenden Finanzierung (Stellen- und Versorgungslasten) durch die Telekom AG sollen auch die übrigen 20 Professoren der Telekom-Fachhochschule in die FHTW übernommen werden können.
- Die FHTW übernimmt die gesamte moderne Laborausstattung der Telekom-Fachhochschule.

Eine Zentralbibliothek befindet sich am Standort Karlsruhorst, während die anderen Standorte über Fachbereichsbibliotheken verfügen, die von der Zentralbibliothek technisch und organisatorisch betreut werden.

Die Entfernungen zwischen den einzelnen Fachhochschulstandorten sind erheblich (zwischen dem Standort Karlsruhorst und Blankenburg 15,5 km) und können nur unter großem Zeitaufwand überwunden werden. Aufgrund dieser Tatsache konnten die einzelnen Fachbereiche bisher nicht im gewünschten Umfang miteinander verbunden werden. Derzeit verfügen alle fünf Standorte nach Angaben des Landes über eine leistungsfähige interne Vernetzung und führen untereinander den Datenaustausch über ISDN-Verbindungen durch. Diese ermöglichen auch den Zugriff auf das Bibliothekssystem am Zentralstandort.

## 2. Studiengänge und Studiengangsplanungen

### 2.1. Grundständige Präsenzstudiengänge

An der FHTW wurden im Sommersemester 1995 26 Studiengänge in acht Fachbereichen angeboten (vgl. Übersicht 2).

Nach Auskunft des Landes sehen alle Studienordnungen einen erheblichen Anteil an allgemeinwissenschaftlichen Fächern vor: Fremdsprachen, wirtschaftswissenschaftliche Kenntnisse für Ingenieure und überfachliche Aspekte. Diese wirtschaftswissenschaftlichen Angebote werden in Abstimmung mit den Fachbereichen zentral vom Fachbereich Betriebswirtschaftslehre (5) organisiert. Ebenso wie der Fachbereich Mathematik/Naturwissenschaften (1) Service-Leistungen für andere Fachbereiche erbringt, stellt das Fremdspracheninstitut zentral die Fachsprachengebote in den Fachbereichen zur Verfügung. In der Regel werden die betreffenden Lehrveranstaltungen an den jeweiligen Teilstandorten durchgeführt und nur in Ausnahmefällen zentral für Interessenten aller Fachbereiche abgehalten.

Alle angebotenen Studiengänge wurden vollständig neu entwickelt bzw. durch curriculare Anpassungen an den Fachhochschulstandard angeglichen. In allen Fachbereichen wurden neben den klassischen Studiengängen neue Studiengänge konzipiert. Dieser Prozeß der fachlichen Ausdifferenzierung soll weitergeführt werden (vgl. Übersicht 2). Die Studiengangsplanungen, die derzeit durch die seit Januar 1994 bestehenden Fachbereichsräte überprüft werden, bewegen sich im Rahmen der vorgesehenen Gesamtkapazität von 7.800 flächenbezogenen Studienplätzen.

Übersicht 2: Fachbereichsübersicht

Fachbereiche	einggerichtete Studiengänge	geplante Studiengänge	vorgesehene Aufnahmekapazität pro Jahr im Endausbau
<b>Technik</b>			
Mathematik/Naturwissenschaften FB 1	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Angewandte Informatik</li> <li>- Physikalische Technik</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Wirtschaftsmathematik</li> </ul>	160
Elektrotechnik FB 2	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Elektrische Energietechnik</li> <li>- Automatisierungstechnik</li> <li>- Umwelttechnik/Regenerative Energietechnik</li> </ul>		200 (Absenkung wird geprüft)
Informationstechnik/Elektronik FB 3	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Mikrosystemtechnik</li> <li>- Technische Information</li> <li>- Nachrichtentechnik</li> <li>- Industrielle Elektronik</li> </ul>		360
Maschinenbau/Verfahrenstechnik FB 4	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Maschinenbau/Fertigung</li> <li>- Maschinenbau/Konstruktion</li> <li>- Maschinenbau/Fahrzeugtechnik</li> <li>- Umweltverfahrenstechnik</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Maschinenbau/Produktionstechn.</li> <li>- Maschinenbau/Vertrieb</li> <li>- Maschinenbau/Fahrzeug- und Verkehrstechnik</li> </ul>	360 (Absenkung wird geprüft)
Bauingenieurwesen FB 7	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Bauingenieurwesen</li> </ul>		160
<b>Wirtschaft</b>			
Betriebswirtschaft FB 5	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Betriebswirtschaft</li> <li>- Betriebswirtschaft mit Schwerpunkt Banken (berufsintegriert)</li> <li>- BWL/Wirtschaftsrecht</li> <li>- Öffentliches Dienstleistungs-Management (zusammen mit der FHVR)</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Betriebswirtschaftslehre - Immobilienwirtschaft und -management</li> </ul>	480
Wirtschaftsinformatik/-ingenieurwesen, -kommunikation FB 6	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Wirtschaftsinformatik</li> <li>- Wirtschaftsingenieurwesen</li> <li>- Wirtschaftskommunikation</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Wirtschaftsingenieur/Bauwesen</li> <li>- Umweltinformatik (incl. FB 7)</li> <li>- Medien- u. Kommunikationsinformatik</li> <li>- Int. Studieng. Wirtschaftsinformatik (zusammen mit UHA Mulhouse)</li> </ul>	360
<b>Kultur und Gestaltung</b>			
Bekleidung, Kultur, Design FB 8	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Bekleidungsgestaltung</li> <li>- Bekleidungstechnik</li> <li>- Museumskunde</li> <li>- Restaurierung</li> <li>- Kommunikationsdesign</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Neuer Studienschwerpunkt: Bekleidungsmanagement</li> <li>- Museumskunde/Kulturmanagement</li> </ul>	200

Quelle: Angaben der Hochschule.

Gesamt: 2.240

Die Studienanfängerzahlen in den technischen Fachbereichen 1 bis 4 lagen im Wintersemester 1993/94 sowie im Sommersemester 1994 durchweg erheblich unterhalb der Kapazitätsgrenze. Nur die Angewandte Informatik und die Fahrzeugtechnik bildeten hier Ausnahmen. Das Land ist bestrebt, durch kapazitäre Maßnahmen sowie durch fachliche Neu- und Umgestaltungen diesem Mangel entgegenzuwirken.

Das wissenschaftliche Personal in den Fachbereichen Mathematik/Naturwissenschaften (1), Elektrotechnik (2), Informationstechnik/Elektronik (3) und Maschinenbau/Verfahrenstechnik (4) wurde beinahe vollständig aus den Vorgängereinrichtungen übernommen, so daß diese Fachbereiche nach Aussage des Landes weitgehend bereits jetzt im Vollausbau bestehen. Dies behindert eine Reduktion der Ausbildungskapazitäten in den vom derzeitigen Nachfragerückgang besonders betroffenen Studiengängen der Fachbereiche 1, 2 und 4. Für die Fachbereiche 2 und 4 wird derzeit noch eine Absenkung der Studienanfängerquoten geprüft.

Im Fachbereich 4 hat das Land eine Schwerpunktverlagerung vom allgemeinen Maschinenbau zur Fahrzeug- und Verkehrstechnik vorgenommen. Diese Maßnahme wurde auch mit Blick auf die an der Fachhochschule Wildau bestehenden Kapazitäten und Schwerpunkte vorgenommen. Mit dem Wintersemester 1995/96 beginnt im Fachbereich 2 ein stark nachgefragter neuer Studiengang Umwelttechnik/Regenerative Energietechnik. Zu seinen Gunsten wurden die Studienplätze im Studiengang Elektrische Energietechnik reduziert.

Im Laufe der Beratungen mit dem Wissenschaftsrat hat sich die Hochschule entschlossen, für alle drei Studiengänge dieses Fachbereichs ein gemeinsames Grundstudium einzuführen und damit einer zu starken Spezialisierung der Studiengänge entgegenzuwirken. Dies gilt ebenso für den



Fachbereich Maschinenbau (4). Dort bleibt nur der Studiengang Umweltverfahrenstechnik im Grundstudium eigenständig. Außerdem ist eine Neuordnung der Fachbereichsstruktur in Vorbereitung. Das Konzept sieht vor, die Fachbereiche Elektrotechnik (2) und Nachrichtentechnik (3) zusammenzufassen und die Grundstudien der einzelnen Studiengänge enger miteinander zu verzahnen. Die Durchsetzung dieser Überlegungen soll zeitlich befördert werden, indem beide Fachbereiche bereits in die zweite Stufe der Umzugsplanungen nach Karlshorst einbezogen werden (vgl. II.4.).

Dagegen wurden die Anfängerstudienplätze in den Fachbereichen 5 bis 8 vollständig nachgefragt und belegt, so daß in den besonders attraktiven Fachbereichen Betriebswirtschaft (5), Wirtschaftsinformatik/-ingenieurwesen, -kommunikation (6) und Bauingenieurwesen (7) die Zahl der Studienplätze für Studienanfänger von 360 auf 480, bzw. von 320 auf 360 und von 120 auf 160 heraufgesetzt wird. Die wirtschaftswissenschaftlichen Studiengänge sollen insgesamt über rund 35 % der gesamten Aufnahmekapazität der FHTW verfügen (840 Studienanfänger von insgesamt 2.240).

Die Vielzahl von Studienangeboten soll durch verschiedene Maßnahmen gebündelt und miteinander verzahnt werden. Zunächst werden inhaltliche Kooperationen zwischen Studiengängen unterschiedlicher Fachbereiche in Lehre und angewandter Forschung und Entwicklung erarbeitet. Daraus ergeben sich vier klassische Schwerpunkte in den Bereichen Informatik, Elektrotechnik/Automatisierung, Maschinenbau sowie Betriebswirtschaft. Darüber hinaus strebt die Hochschule an, fünf mehr fächerübergreifende "Profilschwerpunkte" zu entwickeln, die sich auf vorhandene und zukünftige Wirtschaftsstrukturen im Großraum Berlin-Brandenburg beziehen: Kommunikation, Verkehr, Umwelt, Bauwesen,

Kultur/Design. Sie sollen durch geeignete hochschulinterne Strukturveränderungen, Entwicklungsinvestitionen und Forschungsaktivitäten initiiert und gefördert werden.

Durch die angestrebte Integration der Telekom-Fachhochschule soll der Schwerpunkt **Kommunikation** quantitativ und qualitativ zu einem führenden Ausbildungszentrum in Deutschland werden, zumal an der Telekom-Fachhochschule bereits seit einiger Zeit Ausbildungsgänge angeboten werden, die über die enge und Post-bezogene Nachrichtentechnik hinausgehen: Breitbandkommunikation, Netze, optoelektronische Übertragung, Multimedia. Abgerundet werden soll das Angebot des Schwerpunktes durch den sozialwissenschaftlich ausgerichteten Studiengang Wirtschaftskommunikation sowie Kommunikationsdesign und Informatik.

Nach Auskunft des Landes haben sich in und um Berlin zahlreiche Unternehmen der Verkehrstechnik angesiedelt. Auf diese Konzentration soll die FHTW mit dem Profilschwerpunkt **Verkehrstechnik** eingehen. Zu diesem Zweck sollen in Ergänzung zu den bestehenden Studiengängen KFZ-Technik und Schienenfahrzeugbau im Rahmen des Fachbereichs Maschinenbau (4) ein Studienschwerpunkt Elektrische Antriebe (Studiengang Elektrische Energietechnik, FB 2) sowie ein Studienschwerpunkt Schienenwegebau (Studiengang Bauingenieurwesen, FB 7) errichtet werden. Wichtige Beiträge zu diesem Feld erwartet die Hochschule auch aus der Nachrichtentechnik.

Über die allgemeinen Aspekte der Umwelttechnik hinaus, wie sie in alle ingenieurwissenschaftlichen Studiengänge integriert werden, stellt die FHTW mit den beiden technischen Studiengängen Umwelttechnik/Regenerative Energien und Umweltverfahrenstechnik sowie dem betriebswirtschaftlichen Studienschwerpunkt Ökologisches Management drei

spezialisierte Angebote im Rahmen des Profilschwerpunktes **Umwelttechnik und Ökologie** bereit.

Als besondere Akzente innerhalb des Profilschwerpunktes **Bauwesen** werden zwei neue Studiengänge geplant. Der **Wirtschaftsingenieur-Bau** soll als **Projektmanager, Organisator, Kostenmanager** und **Planer** neben den klassischen technischen **Bauleiter** treten. Eine Umfrage hat nach Auskunft des Landes ein starkes Interesse der Bauwirtschaft an einem solchen Ausbildungsprofil verdeutlicht. Vom Sommersemester 1996 an soll ein Studiengang **Immobilien-Management** mit Schwerpunkten in den Bereichen **Projektentwicklung/-finanzierung** und **Bestands-Management** eingeführt werden. Eine **Stiftungsprofessur** aus Mitteln der **Bauindustrie** konnte eingeworben werden. Außerdem ist vorgesehen, im Rahmen des Studiengangs **Elektrische Energietechnik** einen Studienschwerpunkt **Gebäude-Management** anzubieten.

Der Profilschwerpunkt **Kultur-Design** umfaßt vier Studiengänge, die eng mit anderen Ingenieurwissenschaften oder der **Betriebswirtschaftslehre** kooperieren. Nach Ansicht des Landes hat sich auch der Studiengang **Bekleidungs-technik** als **fachhochschuladäquat** erwiesen. Dies zeige sich auch in der zweimaligen **Projektförderung** für **Vorhaben** der angewandten **Forschung und Entwicklung** durch das **BMBF**. Hier werde eng mit den Studiengängen **Bekleidungsdesign** und **Wirtschaftsingenieurwesen** zusammengearbeitet.

Übersicht 3: Fachbereichsübergreifende Profilschwerpunkte

Kommunikation			Verkehr			Umwelt			Bauwesen			Kultur und Design		
Studiengang	FB	St*	Studiengang	FB	St*	Studiengang	FB	St*	Studiengang	FB	St*	Studiengang	FB	St*
Nachrichtentechnik	3	A	KFZ-Technik	4	B	Umwelttechnik/Regenerative Energien	2	M	Bauingenieur	7	B	Modedesign	7	W
Wirtschaftskommunikation	6	K	Schienenfahrzeugbau	4	B	Umweltverfahrenstechnik	4	B	Wirtschaftsingenieur Bau**	6	K	Kommunikationsdesign	7	W
Kommunikationsdesign	8	W	Studienschwerpunkt Elektrische Antriebe**	2	M	Schwerpunkt Ökologisches Management	5	K	Immobilienmanagement**	5	K	Museumskunde	7	B
(Multimedia)**	1	K	Studienschwerpunkt Schienenwegebau**	7	B				Gebäude-Management**	2	M	Restaurierung	7	B

\*) St = Standort

A = Allee der Kosmonauten

M = Marktstraße

B = Blankenburg

W = Warschauer Platz

K = Karlshorst

\*\*\*) in Planung

Nach Aussagen des Landes zum Abstimmungsprozeß mit dem Land Brandenburg wurde die Studienplatzzielzahl von 480 personalbezogenen Studienplätzen im Bauingenieurwesen aufgrund der großen Nachfrage festgelegt. An der Fachhochschule Potsdam sollen 360 Studienplätze in diesem Fachbereich aufgebaut werden. Der Studiengang Kommunikationsdesign an der FHTW wird mit stärkerer Betonung auf produktionspraktische betriebswirtschaftliche Schwerpunkte konzipiert. An der Fachhochschule Potsdam stehen dagegen die Bezüge zur Architektur und zum Sozialwesen im Vordergrund. Der Schwerpunkt der Betriebswirtschaftslehre an der Fachhochschule Wildau liegt auf Produktionslogistik und Materialwirtschaft, während an der FHTW eine enge Verbindung zur Technik gesucht wird. Schwerpunkte wurden zwischen der FHTW und der Fachhochschule Potsdam für das Fach Restaurierung (FHTW: archäologisches und technisches Kulturgut, Photo/Film und Datenträger) abgestimmt; ebenso in den ingenieurwissenschaftlichen Fächern und der Physikalischen Technik zwischen der FHTW und der TFH. Die FHTW hat sich jedoch zwischenzeitlich entschlossen, den Studiengang Physikalische Technik mittelfristig einzustellen.

## 2.2. Fernstudien und Angebote der Weiterbildung

Gemeinsam mit den fünf neuen Ländern wird an der FHTW eine Fernstudienagentur eingerichtet, die die Entwicklung von Fernstudienangeboten moderieren und koordinieren soll. Sie hat im Oktober 1994 ihre Arbeit aufgenommen. Im Verwaltungsrat der Agentur sind alternierend die FHTW, die TFH, die FHW sowie ständig die Senatsverwaltung für Wissenschaft und Forschung vertreten. Die drei genannten Fachhochschulen entwickeln derzeit ein Konzept für eine Zusammenarbeit auf den Gebieten Fernstudium und Weiter-

bildung, die sowohl die Vorbereitung als auch die Durchführung von Angeboten umfassen soll. Vom Sommersemester 1996 an soll ein grundständiges Fernstudium Wirtschaftsingenieurwesen an der FHTW als Pilotprojekt angeboten werden, das von einer Gruppe von Professoren aus den drei genannten Fachhochschulen vorbereitet wird.

In den berufsbegleitend durchgeführten Studiengängen, die an der FHTW zur Nachqualifizierung von Fachschulabsolventen der ehemaligen DDR in Form eines Fernstudienbrückenkurses Betriebswirtschaftslehre und eines Ergänzungsstudiums für Fachschulingenieure durchgeführt werden, waren im Sommersemester 1994 961 Studierende eingeschrieben. Beide Angebote laufen in absehbarer Zeit aus. Vom Wintersemester 1994/95 an wird ein Zusatzfernstudium im Studiengang Wirtschaftsingenieurwesen angeboten.

Neben diesen Aktivitäten im Bereich Fernstudium plant die FHTW in Zukunft, im gesamten Spektrum von Fernstudium, berufsintegriertem Studium, berufsbegleitendem Studium (Abendstudium) bis hin zu partiellen Weiterbildungskursen entsprechende Angebote aufzubauen. Auf der Basis einer von der Senatsverwaltung für Wissenschaft und Forschung bestätigten Studien- und Prüfungsordnung wurde z.B. ein berufsbegleitendes Ergänzungsstudium in zwölf Studiengängen entwickelt, das durch eine Kombination von Präsenz- und Korrespondenzphasen gekennzeichnet ist. Seit dem Wintersemester 1990/91 haben rund 1.300 Fachschulabsolventen ein solches Studium aufgenommen. Die Verantwortung für die Durchführung der Studiengänge liegt in den jeweiligen Fachbereichen der FHTW. Finanziert wurden diese Programme bisher zu einem großen Teil über das Hochschulerneuerungsprogramm (HEP). Da dieses Programm Ende 1996 ausläuft, müssen für diesen Anteil andere Formen der Finanzierung, z.B. über höhere Kostenbeiträge der Studierenden, gefunden werden. In einigen Studiengängen dürfte bis

dahin der Nachqualifizierungsbedarf bereits gedeckt sein: Dies betrifft die Studiengänge Nachrichtentechnik, technische Informatik, elektrische Energietechnik, Maschinenbau und Automatisierungstechnik. Weiterer Bedarf besteht jedoch für Zusatzstudien in Wirtschaftsingenieurwesen und Betriebswirtschaftslehre für Ingenieure, für Weiterbildungsangebote mit Zertifikat in den Bereichen Recht, Marketing, Steuern, öffentliches Dienstleistungsmanagement, Umwelt sowie für Fern- und Ergänzungsstudiengänge im Bauingenieurwesen, Betriebswirtschaftslehre, Wirtschaftskommunikation, für technische Studiengänge sowie Wirtschaftsingenieurwesen.

### II.3. Anwendungsbezogene Forschung

Obwohl in der Aufbauphase der FHTW der Schwerpunkt auf der Entwicklung des Lehrbereichs lag, wurden bereits erste Schritte zur Entwicklung von eigener anwendungsbezogener Forschung getan. Zu Beginn des Jahres 1994 wurde eine Technologie-Transfer-Stelle eingerichtet, die auch die seit 1992 bestehende Wissenstransfer-Stelle der Wirtschaftswissenschaften übernommen hat. Sie arbeitet mit einem hauptamtlich Beauftragten auf den Gebieten Forschungsvermittlung, Auftrags- und Mittelakquisition, Koordinierung von Projekten u.a.m. Es liegt bereits ein forschungsbezogener Leistungskatalog der Hochschule vor. Der FHTW ist ein An-Institut (für Korrosionsschutz und Verschleiß-Techniken) angeschlossen. Vier weitere An-Institute, die auf den Gebieten Automatisierung, Angewandte Informatik, Umweltschutz und Lasertechnik arbeiten, werden von FHTW und TFH gemeinsam geführt.

Die gegenwärtigen Forschungsschwerpunkte der FHTW, die eher fachbereichsbezogen durchgeführt werden, sollen zukünftig z. B. innerhalb der angestrebten "Profilschwer-

punkte" enger vernetzt werden. In den Haushalten aller Berliner Fachhochschulen werden in der Lehrbedarfsermittlung gesondert Mittel berücksichtigt, die als Ausgleich für Freisemester und Lehrdeputatsermäßigungen für Forschungszwecke dienen. Im Haushaltsjahr 1994 der FHTW waren noch keine solchen Mittel verankert, da der Bedarf intern durch nicht besetzte Professorenstellen ausgeglichen werden konnte.

Zur Zeit laufen Forschungsprojekte mit Drittmitteln im Umfang von rund einer Million DM. Drittmittelgeber sind die Arbeitsgemeinschaft industrielle Forschungseinrichtungen, DFG, BMBF und Europäische Union.

#### II.4. Personeller und räumlicher Ausbau

Die Situation der Personalstellen (Stand 1994) und der Stellenbesetzung an der FHTW geht aus den Übersichten 1 und 4 hervor. Von den rund 320 Stellen in der Lehre im Endausbau sind derzeit 219 Stellen besetzt. Bis Mai 1995 wurden 132 Professoren berufen, davon waren 95 Fremd- und 37 Hausberufungen. Aus der Ingenieurhochschule Lichtenberg wurden 133 Lehrkräfte für besondere Aufgaben übernommen. 26 dieser Lehrkräfte haben befristete Verträge, die längstens bis Februar 1998 wirksam sind. In den Fachbereichen Mathematik/Naturwissenschaften (1), Elektrotechnik (2) und Informationstechnik/Elektronik (3) ist die Zahl der dauerhaft übernommenen Lehrkräfte mit jeweils 22 bis 25 besonders hoch. Die Hochschule verfügt derzeit über 320 Stellen für nichtwissenschaftliches Personal. Dem steht ein Soll von 295 Stellen gegenüber. Es ist vorgesehen, im Zuge der Zusammenführung der einzelnen Standorte auf dem Zentralcampus in Karlshorst die Stellen für Hausdienste zu reduzieren und sie in lehrunterstützende Stellen in den Fachbereichen umzuwandeln.



Übersicht 4: Personalsituation an der FHTW

Fachbereich	Professoren		sonst. Lehrkräfte		derzeit unbesetzte Stellen Lehre	Stellen Lehre gesamt	sonstige Stellen	
	Fremdbe-rufungen	Hausbe-rufungen	unbefr. Übernom-men	Übrige			Ist 1.5.95	Soll Ende 96
1	9	10	11	5	9	44	147	166
2	3	11	10	2	0	26		
3	11	7	10	5	10	43		
4	10	6	2	5	17	40		
5	28	0	2	0	28	58		
6	13	3	7	1	16	40		
7	11	0	5	0	2	18		
8	19	4	3	7	0	33		
OE			18	0	0	18		
Präs. <sup>1)</sup>							9	9
Stäbe							16	15
Z.Verw.							99	68
Lehre <sup>2)</sup>							49	37
<b>Gesamt</b>	<b>104</b>	<b>41</b>	<b>68</b>	<b>25</b>	<b>82</b>	<b>320</b>	<b>320</b>	<b>295</b>

1) Präsidialamt und Frauenbeauftragte 2) Lehrnahe Bereiche: Bibliothek, Rechenzentrum, Sport, OE Fremdsprachen (Verwaltung)

\* Darin sind 29 Stellen im Bereich der Hausverwaltung enthalten, die -historisch bedingt - z.Z. noch notwendig sind, die aber bei Freiwerden in die Fachbereiche verlagert werden.

In den Fachbereichen Elektrotechnik (2), Informationstechnik/Elektronik (3), Bauingenieurwesen (7) und Bekleidung, Kultur, Design (8) liegen die Betreuungsrelationen zwischen Studierenden und Lehrkräften bei rund 15 : 1, im Fachbereich Maschinenbau/Verfahrenstechnik (4) bei 22 : 1, im Fachbereich Wirtschaftsinformatik/-ingenieurwesen, -kommunikation (6) bei 34 : 1 sowie im Fachbereich Betriebswirtschaft (5) bei 41 : 1 (hier sind erst 40% der Professuren besetzt). Umgekehrt proportional verhalten sich die jeweiligen Anteile der Lehraufträge an den Lehrleistungen der Fachbereiche. Der Durchschnittsanteil der Lehraufträge liegt bei derzeit rund 30%. Das Land strebt an, diesen Anteil auf 25% zu begrenzen.

An den fünf derzeitigen Standorten stehen der Fachhochschule folgende Hauptnutzflächen zur Verfügung:

Karlshorst (Treskow-Allee)	24.500 m <sup>2</sup>
Allee der Kosmonauten	10.000 m <sup>2</sup>
Marktstraße	10.500 m <sup>2</sup>
Warschauer Straße	7.300 m <sup>2</sup>
Blankenburg	<u>13.800 m<sup>2</sup></u>
Summe	66.100 m <sup>2</sup>

Ein vorläufiges Bedarfsprogramm weist einen Gesamtflächenbedarf der FHTW von 95.000 m<sup>2</sup> im Endausbau, bezogen auf 7.800 flächenbezogene Studienplätzen aus. Davon sollen rund 71.000 m<sup>2</sup> auf die Fachbereiche und 24.000 m<sup>2</sup> auf die Zentraleinrichtungen entfallen. Ein besonderer Anteil von Forschungsflächen wurde noch nicht berücksichtigt. Aufgrund von drei flächenmäßigen Erweiterungsmöglichkeiten - derzeit stehen nur 16,8 ha Grundstücksfläche zur Verfügung - geht das Land davon aus, daß die geplante Hauptnutzfläche von 95.000 m<sup>2</sup> in Karlshorst realisiert wird und auf die ursprünglich vorgesehene Nutzung von Flächen auf dem Gelände der Fachhochschule für Verwaltung

und Rechtspflege in Alt-Friedrichsfelde verzichtet werden kann. Bei den Erweiterungsflächen handelt es sich um das sogenannte "Zirkusgelände" nördlich der Bahnlinie in Karlshorst, einzelne Tauschflächen südlich des Römerwegs sowie das Gelände einer benachbarten Grundschule, die alle in unmittelbarer Nähe zum jetzigen Campus liegen. Am Standort Blankenburg, der über 17 ha Grundfläche verfügt, müssten dagegen sämtliche Gebäude durch Neubauten ersetzt werden. Außerdem ist der Campus nach Ansicht des Landes verkehrstechnisch und infrastrukturell schlecht erschlossen. Er befindet sich in einem durch den Flächennutzungsplan als reines Wohngebiet ausgewiesenen Stadtteil, der über keine Anbindung an Industrie- und Wirtschaftszonen oder andere Hochschuleinrichtungen verfügt. Als Einzugsbereich für potentielle Studieninteressenten kämen in Blankenburg nach Ansicht des Landes hauptsächlich die Kleinstädte Bernau und Oranienburg in Frage. Auch im Bereich der Baukosten ergäben sich Kostenvorteile in Höhe von rund 65 Millionen DM für den Standort Karlshorst.

Aus der Entscheidung, die das Land für die Ansiedlung der FHTW in Karlshorst getroffen hat, haben sich in fachlicher und kapazitärer Hinsicht Probleme für die Technische Fachhochschule Wildau ergeben, die mit ihren Studiengängen Konstruktion und Fertigung, Physikalische Technik, Verfahrenstechnik und Kunststofftechnik, Betriebswirtschaftslehre und Wirtschaftsinformatik ebenfalls über ein abgerundetes Angebotsspektrum verfügt. Beide Fachhochschulen liegen in unmittelbar benachbarten Regionen Berlins und Brandenburgs und nur 20 km voneinander entfernt. Inzwischen wird diese Situation von beiden Ländern und den beteiligten Hochschulen sehr ernst genommen und zum Gegenstand weiterer Beratungen gemacht.

Das Land legt ein dreistufiges Ausbaukonzept für den Zentralcampus der FHTW in Karlshorst vor, das bis 2008 schrittweise realisiert werden soll. Bis zur Aufgabe der anderen Standorte müssen diese allerdings durch begleitende Sanierungsmaßnahmen erhalten werden. Die erste Stufe beinhaltet die Sanierung der auf dem Campus vorhandenen Gebäude und ihre Nutzung durch die Fachbereiche 1, 5 und 6. Ein Teil dieser Sanierungsmaßnahmen ist bereits begonnen oder in Vorbereitung. Außerdem muß am Standort Blankenburg ein Laborgebäude für die Bereiche Maschinenbau und Bauingenieurwesen provisorisch neu errichtet werden. Dieses Vorhaben mit Gesamtkosten von 12 Millionen DM wurde vom Land zum 24. Rahmenplan angemeldet und zum 25. Rahmenplan in Kategorie I eingestuft. Davon entfallen 6,4 Millionen DM auf den Neubau von Laborflächen und 5,6 Millionen DM auf Grundsanierungsmaßnahmen im Gebäudebestand. Im Jahr 1998 soll die zweite Stufe beginnen, die den Umzug der Fachbereiche 2 und 3 sowie von Teilen des Fachbereichs 8 auf den Zentralcampus und die Aufgabe der Standorte Warschauer Platz, Marktstraße und Allee der Kosmonauten zum Ziel hat. Die zur Aufnahme der genannten Fachbereiche notwendigen Bauvorhaben mit 43.400 m<sup>2</sup> Hauptnutzfläche hat das Land mit Gesamtkosten von 310 Millionen DM zum 25. Rahmenplan angemeldet.

In einer dritten Stufe soll der Zentralcampus um Flächen für die Fachbereiche 4 und 7 sowie die in Blankenburg ansässigen Studiengänge des Fachbereichs 8 erweitert werden; die Investitionskosten für diesen Abschnitt wurden auf 400 Millionen DM geschätzt. Das Land gibt dieser Lösung, die den Umzug der Bereiche Bauingenieurwesen und Maschinenbau von dem entferntesten Standort Blankenburg nach Karlshorst in die dritte Stufe verlegt, den Vorzug, da die genannten Studiengänge dort komplett untergebracht sind und nach Fertigstellung der dort vorgesehenen Laborkhallen und der Grundsanierung auch von der räumlichen

Situation angemessen ausgestattet sein werden. Außerdem sei es für den Zusammenhalt der FHTW und die Durchführung von Serviceangeboten besser, wenn die kleinen Standorte so bald wie möglich aufgegeben werden könnten und nur noch zwei Standorte koordiniert werden müßten.

Das Land schätzt die Investitionskosten für die Erreichung des Ausbauziels in Karlshorst auf insgesamt 710 Millionen DM.

## B. Stellungnahme

### I. Zum Ausbau der Fachhochschulen in Berlin und zu den Entwicklungsplanungen des Landes

In Berlin steht derzeit einer Gesamtzahl von 77.660 flächenbezogenen Studienplätzen an den Hochschulen eine Zahl von 115.000 personalbezogenen Studienplätzen gegenüber. Das Land beabsichtigt, diese Diskrepanz mittelfristig durch Abbau von rund 15.000 personalbezogenen Studienplätzen an den Universitäten und den parallelen Aufbau um rund 6.000 flächenbezogene Studienplätze an Fachhochschulen zu verringern.<sup>1)</sup> Einem derzeitigen Ist von 10.250 (= 13,2 % aller Studienplätze an Hochschulen) sollen dann 16.120 flächenbezogene Studienplätze (= 19,4 % aller Studienplätze an Hochschulen) gegenüberstehen. Ein Aufbau von weiteren rd. 9.000 flächenbezogenen Studienplätzen an den Fachhochschulen des Landes und damit die Erreichung eines Anteils von 30% an der Studienanfängerkapazität wird nur als langfristige Perspektive angesehen. Bei einer Addition der Ausbauziele Berlins und Brandenburgs könnte rein rechnerisch eine solche Zielsetzung ohne wei-

---

<sup>1)</sup> Nach Angaben des Landes wird bis zum Ende des Jahres 1995 der Abbau von 7.500 Studienplätzen an den Universitäten vollzogen worden sei.

tere Ausbaumaßnahmen in Berlin erreicht werden. Der Wissenschaftsrat erkennt die Absicht des Landes an, den Fachhochschulbereich zu stärken und die deutlich defizitäre Ausbildungskapazität an Fachhochschulen zu erhöhen. Auch im Falle eines Zusammenschlusses mit dem Land Brandenburg, das einen besonderen Akzent auf den Fachhochschulausbau gelegt hat, bittet er das Land, diese Politik weiterhin zu verfolgen. Schon jetzt ist es für beide Länder erforderlich, auf wissenschafts- und hochschulpolitischem Gebiet eine gemeinsame, sowohl an den Bedürfnissen der Hauptstadt als auch eines Flächenlandes orientierte Planung zu verstärken, insbesondere für die Wahl von Standorten sowie für die Abstimmung von Kapazitäten und Studiengangangeboten.

Der Wissenschaftsrat hatte sich zu einem sehr frühen Zeitpunkt des Einigungsprozesses auf der Grundlage der damals verfügbaren Informationen in seinen Empfehlungen zur Errichtung von Fachhochschulen in Berlin-Ost und Mittweida (Sachsen) für die Ansiedlung einer neuen Fachhochschule in Blankenburg ausgesprochen.<sup>1)</sup> Diese Entscheidung beruhte auch auf der Tatsache, daß zum damaligen Zeitpunkt die Einbeziehung der Hochschule für Ökonomie (HfÖ) in Karlshorst in die neue Berliner Fachhochschule noch nicht Gegenstand der Beratungen war. Für Blankenburg sprach, daß von dort aus die Versorgung des nordöstlichen Teils von Berlin und der angrenzenden Region Brandenburgs mit Studienplätzen an Fachhochschulen gewährleistet worden wäre. Außerdem wäre hier keine fachliche und kapazitätsmäßige Konkurrenz zur Technischen Fachhochschule Wildau entstanden. Der Wissenschaftsrat fordert, trotz seiner Zustimmung zu einer Ansiedlung der FHTW am Standort Karlshorst, die in der Folge noch weiter begründet wird,

---

<sup>1)</sup> In: Empfehlungen zur künftigen Struktur der Hochschullandschaft in den neuen Ländern und im Ostteil von Berlin - Teil II - Köln 1992, S. 24-31.

von den beteiligten Ländern und Hochschulen, daß sie über die vorgenommenen kapazitären Abstimmungen hinaus die weitere standortbezogene fachliche Abstimmung intensivieren, um unnötige Doppelungen im Studiengangsangebot der Fachhochschulen und eine mögliche existentielle Gefährdung räumlich eng beieinanderliegender Standorte zu vermeiden. Er erwartet, daß die Länder Berlin und Brandenburg über den Abstimmungsprozeß zwischen den Hochschulen im Zusammenhang mit den Anmeldungen zum Rahmenplan regelmäßig berichten; er behält sich eine Stellungnahme zur Entwicklung der Fachhochschulen in der Region Berlin-Brandenburg nach fünf Jahren vor.

Der begonnene Prozeß der fachlichen Ausdifferenzierung und Schwerpunktbildung innerhalb der Fachhochschulen Berlins sollte verstärkt verfolgt werden, um zumindest auf diesem Wege ihrer historisch bedingten institutionellen Zersplitterung und engen fachlichen Begrenzung entgegenwirken. Das Land sollte zu diesem Ziel die Kooperation zwischen den Fachhochschulen fördern.

Berlin hat zum 25. Rahmenplan Vorhaben mit einem Investitionsvolumen von 4,5 Milliarden DM angemeldet. Davon entfallen 490 Millionen DM auf den Fachhochschulbereich. Damit hat sich der Anteil für Fachhochschulen von 4% (161 Millionen DM) im 24. Rahmenplan auf 11% erhöht. Der Wissenschaftsrat begrüßt diese Entwicklung und bittet das Land, den Investitionsspielraum für die Fachhochschulen dauerhaft zu erweitern, um die langfristig angelegten kapazitären Verschiebungen zugunsten der Fachhochschulen zu realisieren.

## II. Zur Fachhochschule für Technik und Wirtschaft

### 1. Zu den Grundstrukturen

Die Gründung der FHTW im Jahre 1991 knüpfte an die Empfehlung an, die der Wissenschaftsrat seinerzeit zur Neustrukturierung der Hochschullandschaft im vereinigten Berlin gegeben hatte. Mit einer neuen Fachhochschule im Ostteil der Stadt sollte zugleich dem kapazitären Nachholbedarf im Fachhochschulsektor Gesamtberlins Rechnung getragen werden. Deshalb kann es für den Wissenschaftsrat in dieser Stellungnahme nicht mehr um die Grundsatzfrage einer hochschulpolitischen Bedarfsprüfung für eine neue Fachhochschule gehen. Ebenso wenig können deshalb die gegenwärtig noch unsichere Gesamtplanung für die Region Berlin-Brandenburg wie die historischen Hypotheken, die der Hochschule aus ihren Vorgängereinrichtungen in struktureller und räumlicher Hinsicht erwachsen sind, Anlaß sein, eine Empfehlung zur Aufnahme der FHTW in die Anlage zum Hochschulbauförderungsgesetz in Frage zu stellen.

Die Fachhochschule soll im Endausbau über 7.800 flächenbezogene Studienplätze verfügen. Sie bietet derzeit 26 Studiengänge in 8 Fachbereichen an. 12 weitere Studiengänge bzw. Studienschwerpunkte befinden sich in Planung. Den damit erreichten kapazitären und fachlichen Umfang sieht der Wissenschaftsrat, seinen Empfehlungen zur Entwicklung der Fachhochschulen in den 90er Jahren folgend, als problematisch an.<sup>1)</sup> Verstärkt durch die Vorgeschichte der FHTW und ihre räumliche Zersplitterung mit teilweise ausgeprägten Personalkontinuitäten sind besondere Anstrengungen erforderlich, damit die Überschaubarkeit der Hochschule nicht verloren geht und die Vorteile einer

---

<sup>1)</sup> Wissenschaftsrat: Empfehlungen zur Entwicklung der Fachhochschulen in den 90er Jahren, Köln 1991, S.72 ff.



besonderen fachlichen Vielfalt für Synergieeffekte genutzt werden können. Desweiteren ist die Frage von Bedeutung, ob durch eine Aufteilung der für die FHTW vorgesehenen Kapazitäten auf mehrere Einrichtungen und Standorte ein zusätzlicher regionaler Versorgungseffekt erzielt werden kann. Nach Abwägung unterschiedlicher Aspekte besteht erheblicher Zweifel, daß ein solcher Versorgungseffekt in einem Ballungszentrum wie Berlin einträte. Es wäre vielmehr zu befürchten, daß die Hochschullandschaft Berlins durch eine solche Maßnahme weiter zersplittert würde. Deshalb hält der Wissenschaftsrat die Entscheidung des Landes unter den gegebenen Bedingungen für plausibel, die Gesamtkapazität der FHTW langfristig an einem Standort zu konzentrieren. Für den vom Land bevorzugten Standort Karlshorst spricht neben der guten Anbindung an das öffentliche Verkehrsnetz überdies, daß er eine Einbindung der Fachhochschule in das industrielle Entwicklungszentrum im Ostteil der Stadt gewährleistet. Um mögliche Nachteile der Strukturentscheidung zu vermeiden, muß es deshalb eine Hauptaufgabe der Hochschule sein, eine Binnenstruktur zu entwickeln, die ihren inneren Zusammenhalt stärkt.

Die anzustrebende Integration der Fachhochschule wird durch die derzeitige räumliche Zersplitterung gravierend behindert, die sowohl einzelne Fachbereiche auseinanderreißt als auch übergeordnete Gesichtspunkte in Lehre und anwendungsbezogener Forschung und Entwicklung unberücksichtigt läßt. Zudem fördert sie das Eigenleben solcher Fachbereiche, die strukturell nahezu unverändert von einer Vorgängereinrichtung übernommen worden sind. Diesen Eindruck hat besonders der Fachbereich Elektrotechnik (2) vermittelt. Wenngleich angesichts der kurzen Zeit seit Gründung der FHTW nicht verwundern kann, daß der Integrationsprozeß noch nicht abgeschlossen ist, ist das bestehende Ausmaß der Separationstendenzen dennoch bedenklich.

Das Land wird deshalb gebeten, auf die Selbstverwaltungsgremien der Hochschule im Sinne einer verstärkten Integration und Identitätsbildung einzuwirken und diesen Prozeß durch gezielte Berufungsmaßnahmen sowie die Unterbringungsplanung zu fördern. Der Wissenschaftsrat befürwortet in diesem Sinne den vorgelegten Stufenplan, den das Land zur schrittweisen Ansiedlung aller Fachbereiche auf dem Zentralcampus vorgelegt hat. Er spricht sich mit besonderem Nachdruck für eine rasche Überführung der Fachbereiche 2 und 3 nach Karlshorst aus, um auch räumlich so bald wie möglich die notwendigen Akzente für eine Integration zu setzen.

Da die Aufteilung der Fachhochschule auf mehrere Standorte bis zum Abschluß aller notwendigen Bauvorhaben jedoch weitere 15 Jahre Bestand haben wird, begrüßt der Wissenschaftsrat, daß die Hochschule bereits jetzt Anstrengungen zur vorläufigen Zusammenführung der Studiengänge Informationstechnik am Standort Allee der Kosmonauten vorsieht und damit eine engere räumliche Beziehung auch zur Elektrotechnik anstrebt. Standortübergreifende, interdisziplinäre Ansätze wie Ausbildungsexporte der ingenieurwissenschaftlichen in betriebswirtschaftliche Studiengänge und umgekehrt sowie die fachbereichsübergreifende Bereitstellung der Sprachanteile in allen Studiengängen sind erste Schritte auf einem Weg, der mit großer Intensität fortgesetzt werden sollte und der die Integration aller Fachbereiche am Standort Karlshorst vorbereiten kann. Das Land wird gebeten, möglichst zügig eine Gesamtplanung für den Standort Karlshorst zu entwickeln und über den Fortgang dieser Planungen und der fachlichen Integration der Hochschule zu berichten.

Im Zusammenhang mit der möglichen Kapazitätserweiterung in der Nachrichtentechnik durch eine Integration der Telekom Fachhochschule sollte bedacht werden, daß hier

leicht Überkapazitäten für ein relativ kleines Segment der Kommunikationstechnologie geschaffen werden könnten.

## 2. Zu Lehrangebot und anwendungsbezogener Forschung

Da die hauptsächlichsten Belastungen der FHTW im strukturellen Bereich liegen und die dort angesiedelten Probleme zunächst einer Lösung nähergebracht werden müssen, sieht der Wissenschaftsrat zum jetzigen Zeitpunkt von einer detaillierten Prüfung der vorhandenen Studiengänge und der weitergehenden Studiengangsplanungen ab. Aufgrund einer ersten Übersicht, die in den Beratungen mit Land und Hochschule gewonnen werden konnte, ergeben sich jedoch allgemeine Hinweise, die Beachtung finden sollten. Die deutlich hervortretenden Defizite der Studienangebote, die vor allem in den Fachbereichen sichtbar werden, in denen eine grundlegende personelle Erneuerung in den nächsten Jahren nicht möglich ist, sollten nach Ansicht des Wissenschaftsrates von Land und Hochschule zum Anlaß genommen werden, um eine Evaluation der Lehre in die Wege zu leiten. Auf der Basis eines Fragenkatalogs könnte eine interne Bewertung des Lehrangebots durch Lehrende und Studierende erfolgen, deren Ergebnisse von einer externen Kommission begutachtet werden. Die Resultate dieses mehrstufigen Evaluationsprozesses, der auch geeignet erscheint, die korporative Identität der Hochschulangehörigen zu stärken, sollten anschließend Eingang in die Gestaltung des Studienangebots der Hochschule finden. Ein solches Verfahren wird für alle Fachbereiche empfohlen, um ihre Ziele in der Lehre zu überprüfen und an der Leitidee breitangelegter grundständiger Studiengänge mit differenzierten Studienschwerpunkten im Hauptstudium auszurichten.

Gegenwärtig besteht der Eindruck, daß die intendierte Integrations- und Synergiewirkung durch eine **Zersplitterung in zu viele Studiengänge** konterkariert wird. Dies betrifft z. B. die Studiengänge Automatisierungstechnik, Regenerative Energien und Bereiche der Nachrichtentechnik ebenso wie verschiedene Studiengänge mit der Bezeichnung "-management". Ebenso sollte die **Zahl der Studienschwerpunkte** in den bestehenden Studiengängen deutlich reduziert werden, auch wenn die Hochschule in der Zwischenzeit begonnen hat, verwandte Studiengänge durch gemeinsame Grundstudien zu verzahnen und die Ausbildung der Studierenden damit auf eine breitere Basis zu stellen. Zusätzliche Spezialisierungen, die sich aus Sicht der Wirtschaft als notwendig erweisen, sollten vorrangig als Weiterbildungsangebote entwickelt werden.

Der Wissenschaftsrat sieht darüber hinaus eine Tendenz, zu eng an bestimmten Tätigkeitsfeldern ausgerichtete Ausbildungsgänge bereitzustellen, die dem **Prinzip der Berufsfeldbezogenheit** von Fachhochschulstudienangeboten widersprechen. Es sollte bedacht werden, daß die Profilierung der Studienangebote keineswegs über kleinteilige Spezialisierungen, sondern durch sinnvolle Orientierung an unterschiedlichen Berufsfeldern erreicht wird.

In diesem Zusammenhang ist die Absicht der FHTW zu begrüßen, ihr breites Studiengangangebot durch fachbereichsübergreifende Ausrichtung auf fünf "Profilschwerpunkte" zusammenzuführen. Auf diese Weise könnten positive Effekte für eine notwendige Verstärkung der fachlichen und personalen Vernetzung und Kooperation erzielt werden. Der Wissenschaftsrat empfiehlt, die vorgesehenen Profilschwerpunkte organisatorisch und curricular abzusichern, ihnen durch geeignete Personal- und Mittelzuweisung Möglichkeiten in angewandter Forschung und Entwicklung zu eröffnen und sie ebenfalls als organisatorische und in-

haltliche Klammern bei der Durchführung von problembezogenen und interdisziplinären Weiterbildungsangeboten zu nutzen.

Alle fachlichen Erweiterungen, die derzeit von Land und Hochschule geplant werden, sollten nach Ansicht des Wissenschaftsrates im Rahmen der Kapazitätsplanung von 7.800 flächenbezogenen Studienplätzen realisiert werden. Innerhalb dieses Rahmens bestünde jedoch bei einer Realisierung der gegenwärtig verfolgten additiven Planung der Studiengänge die Gefahr, daß die Anfängergruppen je Studiengang zu klein werden und gemessen an den Curricular-Normwerten kein fachlich ausreichend breites Studienangebot mehr gewährleistet werden könnte.

Gegen einen Großteil der Planungen für neue Studiengänge hat der Wissenschaftsrat starke Bedenken, da hier der Versuch unternommen zu werden scheint, für schwach nachgefragte Studiengänge wie Industrielle Elektronik oder Maschinenbau/Fertigung durch begriffliche Umbenennung in Mikrosystemtechnik bzw. Maschinenbau/Produktionstechnik, die gleichzeitig eine fachliche Änderung erforderlich machen würde, ein größeres Interesse bei Studienanfängern zu erwecken. Außerdem erscheint es wenig sinnvoll, Umweltinformatik mit einer Ausrichtung im Bauingenieurwesen zu verbinden, die hauptsächlich von konstruktivem Ingenieurhochbau und Baubetrieb getragen wird.

Das Land hat zugesagt, die bestehenden Überkapazitäten im Studiengang Physikalische Technik, der derzeit noch an der TFH, FHTW und der Technischen Fachhochschule Wildau angeboten wird, durch die Aufgabe des Fachs an der FHTW abzubauen. Der Wissenschaftsrat unterstützt diese Entscheidung nachdrücklich und nimmt dies noch einmal zum Anlaß, auf eine weitergehende Abgleichung der Studiengangsangebote mit der Fachhochschule Wildau sowie mit der

TFH hinzuwirken. Dies betrifft ebenso die Angebote im Bereich Verfahrenstechnik.

Die an der FHTW bisher praktizierte Form des **Fremdsprachenunterrichts** vermittelt den Eindruck, daß das Sprachangebot weitgehend vom derzeit vorhandenen Personal der Vorgängereinrichtung bestimmt wird und hauptsächlich eine allgemeinsprachliche Ausbildung stattfindet. Der Wissenschaftsrat bittet Land und Hochschule sicherzustellen, daß durch die curriculare Einbindung in die Studiengänge und die Auswahl der Lehrenden bei den gängigen Fremdsprachen verstärkt die fachsprachlichen Aspekte der Sprachenvermittlung als Zusatzqualifikation zum Tragen kommen.

Das Engagement der FHTW auf dem Gebiet der **Weiterbildung** und in der Planung berufsintegrierter Ausbildungsgänge wird begrüßt. Beide Maßnahmen könnten zur Auslastung von zur Zeit schwach nachgefragten Studiengängen beitragen. Die Hochschule sollte dafür sorgen, daß berufsbegleitende Studien keinesfalls länger als acht bis zehn Semester dauern. Die betreffenden Curricula müssen auf ihre Studierbarkeit innerhalb dieses Zeitrahmens überprüft werden. Die Ansätze, die die Hochschule in ihrer Funktion als Zentrale für die neuen Länder im Bereich **Fernstudien** erkennen läßt, erscheinen dem Wissenschaftsrat vielversprechend und sollten auch im Hinblick auf die Verwendung neuer Medien und damit verbundene Vermittlungs- und Organisationsformen weiterverfolgt werden.

Aufgrund der erst kurzen Zeitspanne seit der Gründung der Hochschule und ihrer schwierigen räumlichen Situation scheint der derzeit feststellbare Rückstand im Aufbau eines wirkungsvollen Bereichs **anwendungsbezogener Forschung und Entwicklung** verständlich. An dieser Stelle wiederholt der Wissenschaftsrat jedoch seine Einschätzung der gegen-

wärtigen, auf die einzelnen Standorte und Fachbereiche ausgerichteten Grundstruktur der Hochschule und erwartet, daß diese im Sinne interdisziplinärer Forschungsarbeit mit möglichst flexiblem Einsatz der vorhandenen materiellen und personellen Ressourcen überprüft wird. Die geplanten Profilschwerpunkte sollten als organisatorischer Rahmen ausgebaut werden. Ebenso sollte die Zusammenarbeit auf diesem Gebiet mit anderen Fachhochschulen intensiviert werden. Die Hochschule sollte zur Förderung der Forschungstätigkeit ein Kontingent von Verfügungsräumen bereitstellen, die befristet vergeben werden, und ihr durch die Planung ausreichender Flächen auf dem Zentralcampus Rechnung tragen. Der Wissenschaftsrat behält sich zum Studienangebot und zur weiteren Entwicklung in den Bereichen Weiterbildung und Fernstudium sowie angewandte Forschung und Entwicklung eine erneute Stellungnahme nach fünf Jahren vor.

### 3. Zum personellen und räumlichen Ausbau

Die fachlichen Entwicklungsplanungen der Hochschule haben verdeutlicht, daß der Prozeß der personellen Erneuerung im Sinne einer fachlich breit qualifizierten Professorenschaft noch nicht abgeschlossen ist. In diesem Prozeß konnten aber u.a. mit Hilfe der durchgeführten Fremdberufungen erste Erfolge erzielt werden. Der Wissenschaftsrat erwartet, daß Land und Hochschule auf diesem Wege fortfahren und durch entsprechende Widmung der Professuren und Berufungen enge, berufsspezifische Ausbildungsgänge überwinden und die personellen Bedingungen zur Errichtung innovativer Studiengänge schaffen. Im Zuge dieses Prozesses sollte der in einigen kapazitiv nicht ausgelasteten Bereichen bisher fachlich notwendige hohe Anteil an Lehraufträgen dauerhaft reduziert werden.

Kritisch beurteilt der Wissenschaftsrat die gegenwärtig hohe Zahl von Lehrkräften für besondere Aufgaben, die weitgehend Professorenstellen besetzen. Er bittet das Land dringend, im Sinne einer fachlichen Erneuerung und Qualitätssicherung der Lehre diesen Personalbereich abzubauen. Auf keinen Fall sollten befristete Stellen in unbefristete Stellen umgewandelt oder verlängert werden. Die Zahl von Personalstellen im Bereich der Haustechnik erscheint stark überzogen. Die Hochschule sollte im Zuge der Zusammenführung aller Fachbereiche in Karlshorst die schrittweise Umwandlung dieser Stellen in Stellen des lehrunterstützenden Bereichs konsequent weiterverfolgen.

Das Land hat mitgeteilt, daß der Bereich Sprachvermittlung der FHTW zukünftig Lehrkräfte für die Abdeckung der Fremdsprachenausbildung an den Fachhochschulen Brandenburg und Eberswalde abstellen wolle. Außerdem sollen die Ressourcen der FHTW auch auf TFH und FHW verteilt werden. Diese Verteilung auf drei Berliner Fachhochschulen erscheint aufgrund der Größe dieses Bereichs sinnvoll. Dagegen hält der Wissenschaftsrat die Mitversorgung von 50 bis 65 km entfernten Standorten für problematisch.

Der Wissenschaftsrat hat sich vor Ort von der grundsätzlichen Eignung des Campus-Geländes der FHTW in Karlshorst überzeugt. Obwohl die zur Verfügung stehende Grundfläche von rd. 17 ha nur bei äußerst dichter Bebauung 95.000 m<sup>2</sup> Hauptnutzfläche aufnehmen kann, erscheint dem Wissenschaftsrat die konzentrierte Nutzung dieser Flächen günstiger als eine weitere Zersplitterung der Hochschule. Er bittet das Land, die in Aussicht gestellten benachbarten Grundstücke in Anspruch zu nehmen und dafür die Ausweichflächen in Alt-Friedrichsfelde aufzugeben.

In Übereinstimmung mit der fachlichen Planung, die den Bereich angewandter Forschung und Entwicklung berücksich-



tigen sollte, sollte das Land möglichst bald eine vollständige Bauplanung für den Zentralcampus vorlegen. Zu der vom Land vorgelegten Kostenschätzung behält sich der Wissenschaftsrat eine Stellungnahme vor. Er bittet das Land ferner, über die Weiterentwicklung des Lehr- und Forschungskonzeptes, der Personalplanung sowie der Unterbringungsplanung der Hochschule zu berichten. Auch dazu behält der Wissenschaftsrat sich eine Stellungnahme nach Ablauf von fünf Jahren vor.

### C. Zusammenfassung

Mit der Fachhochschule für Technik und Wirtschaft Berlin knüpft das Land an die Empfehlung des Wissenschaftsrates aus dem Jahre 1991 zur Neugründung einer Fachhochschuleinrichtung an, die die Unterversorgung Berlins mit Fachhochschulkapazitäten mildern sowie den Ausbildungsbedürfnissen speziell des Ostteils der Stadt Rechnung tragen sollte. Die auf fünf Standorte verteilte Hochschule ist gegenwärtig in acht Fachbereiche gegliedert, in denen insgesamt 25 Studiengänge angeboten werden. Die Hochschule soll im Endausbau über 7.800 flächenbezogene Studienplätze verfügen.

Obwohl der Auf- und Ausbau der FHTW zu der hochschulpolitisch notwendigen Erweiterung des Anteils von flächenbezogenen Fachhochschulstudienplätzen in Berlin beiträgt, empfiehlt der Wissenschaftsrat dem Land darüber hinaus, alle erforderlichen Maßnahmen zu einem baldigen, spürbaren Ausbau der Fachhochschulen zu ergreifen. Es sollte bei der Wahl von Standorten sowie der Abstimmung von Kapazitäten und Studiengangsangeboten eine gemeinsame Planung mit dem Land Brandenburg eingeleitet werden.

Um einer weiteren institutionellen Zersplitterung der Hochschullandschaft Berlins vorzubeugen, befürwortet der Wissenschaftsrat die Entscheidung des Landes, die Gesamtkapazität der FHTW am Standort Karlshorst zu konzentrieren. Auch die Einbindung in das industrielle Entwicklungszentrum im Ostteil der Stadt läßt diesen Standort geeignet erscheinen. Der Wissenschaftsrat erwartet in diesem Zusammenhang von den Ländern Berlin und Brandenburg sowie den beiden Hochschulen in Karlshorst und Wildau, über die kapazitären Abstimmungen hinaus insbesondere die fachliche Abstimmung zu intensivieren, um Doppelungen im Studiengangangebot der beiden Hochschulen zu vermeiden. Er bittet beide Länder, über den Abstimmungsprozeß zwischen den Hochschulen mit den jährlichen Anmeldungen zum Rahmenplan für den Hochschulbau zu berichten.

Eine befriedigende fachliche Entwicklungsplanung der Hochschule steht noch aus. Sie sollte in allen Fachbereichen von einem internen und externen Evaluationsverfahren begleitet werden. Dies sollte besonders in den Fachbereichen neue Impulse vermitteln, in denen die Möglichkeiten einer personellen Entwicklung in den nächsten Jahren gering sind. Der Wissenschaftsrat erwartet, daß Land und Hochschule im Zusammenhang mit dem fachlichen auch den personellen Erneuerungsprozeß fortsetzen. Kritisch beurteilt der Wissenschaftsrat in diesem Zusammenhang die hohe Zahl von Lehrkräften für besondere Aufgaben, die weitgehend über Professorenstellen finanziert werden. Im Sinne einer fachlichen Erneuerung und Qualitätssicherung der Lehre sollte dieser Personalbereich abgebaut und befristete Stellen nicht in unbefristete umgewandelt werden.

Der Wissenschaftsrat wird dem weiteren Aufbauprozeß der Hochschule im Zusammenhang mit Einzelstellungennahmen zu Investitionsvorhaben für die räumliche Unterbringung der

FHTW begleiten und behält sich eine Stellungnahme sowohl zum erzielten Entwicklungsstand als auch zur Gesamtplanung für die Fachhochschulen in der Region Berlin-Brandenburg nach Ablauf von fünf Jahren vor. Er knüpft an seine grundsätzliche Empfehlung vom Januar 1991 zur Neugründung einer Fachhochschule in Berlin an und empfiehlt die Aufnahme der Fachhochschule für Technik und Wirtschaft in die Anlage zum Hochschulbauförderungsgesetz zum 1.1.1996.